

Gemeinsame Texte

26

Vertrauen in die Demokratie stärken

Ein Gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz
und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

11 | 04 | 2019

Vertrauen in die Demokratie stärken

Ein Gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz
und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Vertrauen in die Demokratie stärken. Ein Gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland / hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz und dem Kirchenamt der EKD. – Bonn/Hannover 2019. – 51 S. – (Gemeinsame Texte ; 26)

INHALT

Geleitwort	5
1. Einleitung: Herausforderungen der Demokratie	9
2. Demokratie im Zeitalter der Unübersichtlichkeit – Herausforderungen und Aufgaben	13
2.1 Demokratie im Zeitalter der Globalisierung	15
2.2 Demokratische Gleichheit und wirtschaftliche Ungleichheit	17
2.3 Demokratie im Zeichen von Migration.....	18
2.4 Demokratie im digitalen Zeitalter	20
3. Unsere Demokratie und die Aufgabe der Kirchen – eine Vergewisserung	22
4. Die demokratische Ordnung stärken – Konsequenzen für politisches Handeln	29
4.1 Globalisierung ordnen – für eine globale Ordnungspolitik	29
4.2 Ungleichheit begrenzen, gerechte Teilhabe ermöglichen.....	33
4.3 Zugehörigkeit und Identitäten – Integration gestalten	36
4.4 Digitaler Wandel – die Chancen nutzen und klare Regeln setzen	40

5.	Die Demokratie als politische Lebensform der Freiheit gestalten.....	43
5.1	Gemeinsamkeit schaffen – Europäische Solidarität und globale Kooperation.....	44
5.2	Zusammenhalt sichern – Soziale Gerechtigkeit und demokratische Beteiligung	45
5.3	Identitäten öffnen – Universale Menschenrechte und die Bewahrung des Vertrauten.....	46
5.4	Nähe suchen – Digitale Demokratie und die Politik der Präsenz.....	47
5.5	Gemeinsinn einüben – Demokratische Sittlichkeit..	48
6.	Schluss: Engagement aus christlicher Überzeugung stärkt die Demokratie	49

Geleitwort

Unsere Demokratie lebt davon, dass sich Bürgerinnen und Bürger, Politikerinnen und Politiker für sie engagieren. Sie basiert auf Überzeugungen, die mühsam erarbeitet und erstritten wurden: Dazu gehören wesentlich die Gedanken von Freiheit und Gleichheit, die Regeln des Rechtsstaats und des sozialen Ausgleichs sowie der Respekt vor den Verfahren der demokratischen Entscheidungsfindung. Im Jahr 2019 erinnern wir uns mehrerer Ereignisse und Errungenschaften der Demokratie in Deutschland: Vor 100 Jahren wurde die Weimarer Reichsverfassung beschlossen, die die Freiheit und Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger mit sich brachte und in Deutschland das Frauenwahlrecht einführte. Vor 70 Jahren schufen die Väter und Mütter des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland die Grundlage einer über Jahrzehnte starken, stabilen und funktionsfähigen Demokratie. Nur ein Jahr davor wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet. In der Europäischen Union jährt sich das Inkrafttreten des Vertragswerks von Lissabon zum zehnten Mal, zu dessen Erarbeitung die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007 einen wesentlichen Beitrag geleistet hat.

Aus unterschiedlichen Impulsen ist, allen Rückschlägen zum Trotz, eine tragfähige und stabile demokratische, rechtsstaatliche und soziale Ordnung entstanden. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich seit einigen Jahren in vielen Ländern Stimmen mehren, die diese Ordnung infrage stellen. Autoritäres Denken, so scheint es, ist auf dem Vormarsch. Auch in Deutschland und in anderen europäischen Ländern ist ein deutliches Erstarken von politischen Stimmungen und Kräften zu verzeichnen, die etablierte Strukturen angreifen und gegen den politischen Interessenausgleich sowie gegen die Regeln der

demokratischen Konfliktlösung einen vermeintlich homogenen Volkswillen beschwören. So sehr diese Vorgehensweise mit ihren einfachen Lösungen zu problematisieren ist, so sehr muss sie auch als ein Anzeichen gesehen werden, unsere demokratische Ordnung angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen weiterzuentwickeln.

Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel des vorliegenden Gemeinsamen Wortes „Vertrauen in die Demokratie stärken“ der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Herausforderungen der Demokratie zu thematisieren und ihnen zugrunde liegende Ursachen anzugehen. Vier signifikante Veränderungen der letzten ein bis zwei Jahrzehnte werden dafür exemplarisch in den Blick genommen, um für den jeweiligen Zusammenhang politische Handlungsmöglichkeiten zu erschließen: Die Herausforderung der Globalisierung und ihre Folgen für Ökonomie und Ökologie, die Fragen sozialer (Un-)Gleichheit, die Aufgaben, die sich aus Migration und Integration ergeben sowie die Veränderungen der öffentlichen Kommunikation durch Digitalisierung.

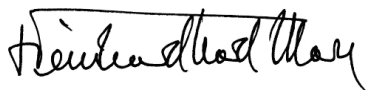
Wir Kirchen vertreten die Auffassung, dass der demokratische und soziale Rechtsstaat, mithin die freiheitliche Demokratie, zwar keine perfekte Ordnung ist, sich aber im Hinblick auf das Zusammenleben in dieser Welt sowohl theoretisch als auch praktisch als die bestmögliche – weil unter anderem lern- und vor allem kritikfähige – politische Ordnung erwiesen hat. Es ist uns bewusst, dass dies in unseren Kirchen nicht immer so gesehen wurde. Es hat seine Zeit gebraucht, bis der Freiheitsimpuls des Evangeliums auch in seinen politischen Konsequenzen ernst genommen wurde. Doch inzwischen können die Kirchen auf eine jahrzehntelange Tradition des Einsatzes für die Demokratie blicken: für die katholische Kirche sei etwa auf die Sozialenzyklika „Centesimus annus“ von Papst Johannes Paul II. aus dem Jahr 1991 hingewiesen, für die Evangelische Kirche in

Deutschland sei die Denkschrift „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“ von 1985 genannt. Insbesondere aber ist an dieser Stelle auf ein Gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland aus dem Jahr 2006 hinzuweisen, an dessen Titel und Intention „Demokratie braucht Tugenden“ das hier vorliegende Gemeinsame Wort anknüpft: Demokratie ist auf das Fundament einer demokratischen Sittlichkeit aller Beteiligten angewiesen. Nicht nur Politikerinnen und Politiker, Menschen aus dem Bereich der Medien, der Verbände und der Wirtschaft, sondern jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger sind an dieser Stelle gefragt. Es gilt, sich für das Gelingen der Demokratie verantwortlich zu fühlen und sich für die Einhaltung der Regeln des Anstands und der Fairness einzusetzen. Die persönliche Haltung und das eigene Engagement sollen und müssen sich immer am Gemeinwohl orientieren und nicht nur Eigeninteressen im Blick haben. Nicht zuletzt gilt die Bereitschaft, andere Sichtweisen sowie deren Argumente anzuhören, sie zu bedenken und Kompromisse einzugehen.

Wenn Demokratie stabil bleiben und funktionieren soll, ist sie auf diese demokratische Sittlichkeit angewiesen, ebenso wie auf das in solcher Sittlichkeit zum Tragen kommende Vertrauen. Denn das nötige Vertrauen – das nicht als selbstverständlich vorauszusetzen ist – ist einer der Grundpfeiler des demokratischen Miteinanders: einerseits das Vertrauen in die Menschen, die in der Demokratie Verantwortung übernehmen und Macht ausüben, andererseits das Vertrauen in demokratische Institutionen, Abläufe und Prozesse. Zur Stärkung solchen Vertrauens ermutigen wir Kirchen, eingedenk dessen, dass wir Christinnen und Christen solches Vertrauen in engstem Zusammenhang zu dem Gottvertrauen sehen, in dem und aus dem heraus wir leben.

Unser herzlicher Dank gilt den Mitgliedern der Ökumenischen Arbeitsgruppe der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz und der Kammer für Öffentliche Verantwortung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, in besonderer Weise den beiden Vorsitzenden, Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck und Prof. Dr. Reiner Anselm, die die Entstehung dieses Gemeinsamen Wortes mit großem Engagement vorangetrieben haben. Wir wünschen dem Text eine ernsthafte, interessierte und vertrauensvolle Aufnahme und Resonanz.

Bonn/Hannover, im April 2019



Reinhard Kardinal Marx

Vorsitzender der Deutschen
Bischofskonferenz



Landesbischof
Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Vorsitzender des Rates
der Evangelischen Kirche
in Deutschland

I. Einleitung: Herausforderungen der Demokratie

30 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges ist unser Blick auf die politische Ordnung von einer neuen Besorgnis geprägt. Was damals gewiss schien und erhofft wurde: die Überwindung politisch sich feindlich gegenüberstehender Blöcke, eine immer enger zusammenwachsende Europäische Union, die Wiederbelebung der Vereinten Nationen als Fundament einer Weltfriedensordnung, die Achtung der Menschenrechte und der globale Sieg der liberalen Demokratie – diese Zuversicht ist heute geschwunden.

Die Wiederkehr von autoritärem Denken und skrupelloser Machtpolitik macht auf unmissverständliche Weise deutlich: Frieden, Demokratie und die Herrschaft des Rechts sind keine Selbstverständlichkeit. Immer mehr Staaten verabschieden sich von dem Prinzip, internationale Beziehungen friedlich, kooperativ und in wechselseitigem Respekt mit den Mitteln des Rechts zu gestalten. Stattdessen setzen sie auf Machtpolitik und versuchen, die eigenen Interessen rücksichtslos durchzusetzen.

In dieser weltpolitischen Lage zeigen sich viele rechtsstaatliche Demokratien als angreifbar und es verstärkt sich der Eindruck eines Vertrauensverlustes in die demokratischen Strukturen und Prozesse: Populistische Bewegungen propagieren einen vermeintlich einheitlichen Willen des Volkes und wenden sich gegen dessen Bindung an das Recht und an internationale Verträge. Sie kritisieren den gesellschaftlichen Pluralismus als Irrweg und versprechen Eindeutigkeit und Sicherheit in einer als unsicher und unübersichtlich erfahrenen Welt. Sie geben einfache Antworten auf komplexe Fragen und finden damit beachtliche Resonanz.

Die tiefer liegenden Ursachen

In Deutschland dominieren populistische Positionen zwar noch nicht die Debatte, aber dennoch steht unsere Demokratie vor großen Herausforderungen: Der ehemals breite Konsens in grundlegenden Fragen des demokratischen Gemeinwesens ist einer wachsenden Dissonanz gewichen. Katalysatoren dieser Entwicklung waren zwei konkrete Krisenerfahrungen: zum einen die internationale Finanzkrise im Jahr 2008 mit der sich anschließenden europäischen Staatsschuldenkrise seit 2010, zum anderen die vielfach als „Flüchtlingskrise“ beschriebenen Probleme, die sich mit dem Zuzug einer großen Anzahl von schutzsuchenden Menschen nach Europa und Deutschland seit 2015 verbinden. Die tiefer liegenden Ursachen für den Vertrauensverlust der demokratischen Ordnung sind indes nicht so eindeutig festzumachen, da sie mit zum Teil seit Langem ablaufenden, vielschichtigen sozialen Veränderungsprozessen zusammenhängen. Vier miteinander verschränkte und sich gegenseitig verstärkende Faktoren scheinen nach unseren Wahrnehmungen jedoch in besonderer Weise relevant zu sein:

- (1) Zum Ersten beobachten wir ein hohes Maß an Verunsicherung über die wachsende Unübersichtlichkeit der Welt im Kontext von Globalisierungsprozessen.
- (2) Zum Zweiten spüren wir eine zunehmende Unzufriedenheit mit den sozio-ökonomischen Verhältnissen. Immer mehr Menschen glauben nicht mehr an das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft und empfinden die wirtschaftlichen Verhältnisse als ungerecht.
- (3) Zum Dritten hat der verstärkte Zuzug von Flüchtlingen und Migranten in den vergangenen Jahren bei vielen Bürgerinnen und Bürgern Irritation und Ängste hervorgerufen, die Fragen et-

wa der öffentlichen Sicherheit, des gesellschaftlichen Zusammenhalts oder der kulturellen Identität berühren.

(4) Ein vierter Faktor liegt im rasanten Fortschreiten der Digitalisierung, die ebenfalls vielfältige Sorgen erzeugt, etwa hinsichtlich der sich daraus ergebenden Umgestaltung der Arbeitswelt, aber auch der damit verbundenen Veränderung der gesellschaftlichen Kommunikation.

Unser Ziel: Vertrauen in die Demokratie stärken

Vor diesem Hintergrund legen die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland dieses Gemeinsame Wort vor. Wir tun dies, um uns nachdrücklich zur Demokratie des Grundgesetzes und zu einem Europa, das gleichermaßen auf der Demokratie und der Herrschaft des Rechts gründet, zu bekennen. Wir Kirchen verstehen uns als Teil dieser Demokratie und nehmen unsere Mitverantwortung für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und für das demokratische Gemeinwesen ernst. Aus diesem Grund thematisieren wir in diesem Gemeinsamen Wort zentrale Herausforderungen, mit denen sich Deutschland und viele andere Demokratien gegenwärtig konfrontiert sehen. Wir wollen damit auf die kritischen Anfragen vieler Menschen eingehen und eine breite, konstruktive gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber anregen, wie unsere Demokratie diese aktuellen Herausforderungen bewältigen kann.

Angesichts der Komplexität der Herausforderungen kann es keine Patentrezepte geben. Im Spannungsfeld zwischen Volkssouveränität und der Herrschaft des Rechts, zwischen demokratischer Mitbestimmung und unveräußerlichen Menschenrechten, zwischen nationalen Interessen und internationaler Ordnung wird es immer wieder zu Neujustierungen und Korrekturen kommen müssen – alles andere ist eine gefährliche Illusion

von Eindeutigkeit. Der einzig gangbare Weg liegt für uns deshalb darin, eine breite gesellschaftliche Debatte darüber zu führen, wie wir die Zukunft gemeinsam meistern können. Denn genau das – die breite politische Diskussion und Aushandlung zwischen den verschiedenen Interessen – ist das Wesen der Demokratie. Damit dieser demokratische Prozess gelingen kann, ist vor allem anderen der Respekt gegenüber Andersdenkenden gefordert. Dazu gehören das Bemühen, eigene Positionen mit Argumenten zu begründen, sowie die Bereitschaft, die Argumente anderer anzuhören und zu bedenken. Es gehören dazu nicht zuletzt auch die Fähigkeit zum Kompromiss und die Bereitschaft, sich gegebenenfalls mit einer aus der eigenen Sicht „zweitbesten Antwort“ auf eine bestimmte politische Frage zufriedenzugeben. Deshalb setzt die Akzeptanz der Mehrheitsentscheidung in einer repräsentativen Demokratie eine gewisse Selbstbegrenzung dieser Mehrheit und einen Schutz der jeweiligen Minderheitsmeinung voraus. Das mag den Beteiligten einiges abverlangen, aber die rechtsstaatliche Demokratie ist es wert, diese Kraft zur Selbstbeschränkung und zum Kompromiss immer wieder aufzubringen. Geschichtliche Erfahrungen lehren uns, dass ohne Demokratie die Freiheit, der Frieden und die Gerechtigkeit stets gefährdet bleiben. Deshalb wollen wir als Kirchen mit diesem Gemeinsamen Wort für die Wertschätzung der Demokratie werben und die demokratischen Akteure – Regierende ebenso wie Regierte – ermutigen, beherzt für diese Ordnungsform einzutreten und sie weiterzuentwickeln.

Unser Gemeinsames Wort ist nach dem klassischen sozialetischen Dreischritt gegliedert: Sehen – Urteilen – Handeln. Das heißt, im Folgenden werden zunächst die oben angesprochenen vier zentralen Herausforderungen weiter ausgeführt. In einem zweiten Schritt werden das normative Selbstverständnis unserer Demokratie und seine Verankerung auch in Grundüberzeugungen des christlichen Glaubens entwickelt. Von dieser Vergewis-

serung ausgehend, werden in einem dritten Teil Konsequenzen für politisches Handeln zur Stärkung des Vertrauens in die Demokratie zur Diskussion gestellt. Danach folgt ein knapper, die vorherigen Überlegungen zusammenfassender, verdichtender und zuspitzender Abschnitt. In einem kurzen Schlusswort möchten wir uns als Kirchen noch einmal ausdrücklich zu unserer Mitverantwortung für unsere Demokratie als politische Lebensform der Freiheit bekennen.

2. Demokratie im Zeitalter der Unübersichtlichkeit – Herausforderungen und Aufgaben

Vielfältige weltumspannende Vernetzungen stellen das politische Handeln vor neuartige Herausforderungen. Diese sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen, kulturellen und technologischen Phänomene werden uns erst allmählich in ihrer tiefgreifenden Ambivalenz bewusst. Das betrifft die wirtschaftliche Dimension des weltweiten Wandels und das wachsende Bewusstsein für die dramatischen Disparitäten und Ungerechtigkeiten in der Welt. Es betrifft auch die weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen sowie die revolutionären Veränderungen im Zuge der Durchsetzung digitaler Technologien und Medien.

Alle diese Phänomene betreffen auch das politische System, berühren das Selbstverständnis, die Institutionen und eingeübten Prozesse unserer Demokratie und stellen sie teilweise infrage. Nicht wenige Menschen reagieren auf die wachsende Unübersichtlichkeit und Komplexität der Probleme damit, dass sie bei demokratischen Wahlen vermehrt Populisten ihre Stimme anvertrauen, die vorgeben, einfache und eindeutige Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart zu haben. Das gängige po-

pulistische Argumentationsmuster besteht dabei aus Vorwürfen nach außen – gegen andere Staaten oder multilaterale Institutionen wie die Europäische Union – oder nach innen – gegen anonyme „kosmopolitische Eliten“ und Politiker. Populisten geben dabei vor, das „wahre“ Volk zu repräsentieren.

Obwohl ein einheitlicher Volkswille eine gefährliche Fiktion ist und der Populismus auf keines der Probleme unserer Zeit eine tragfähige Antwort hat, verfangen seine Parolen dennoch bei vielen Menschen und finden bei demokratischen Wahlen Zustimmung. Wer die Demokratie ernst nimmt, kann darauf nicht bloß mit Empörung oder gar Wählerbeschimpfung reagieren, sondern muss sich selbstkritisch die Frage stellen, ob die etablierten politischen und gesellschaftlichen Kräfte – auch wir Kirchen – vielleicht zu wenig getan haben, um die mit den verschiedenen Herausforderungen verbundenen Fragen und Interessen der Menschen aufzugreifen und mit ihnen über Lösungsmöglichkeiten ins Gespräch zu kommen.

In diesem Sinne sind auch die Überlegungen der folgenden Abschnitte zu verstehen. Mit den Leitbegriffen „Globalisierung“, „(Un-)Gleichheit“, „Migration“ und „Digitalisierung“ wollen wir Phänomene in den Blick nehmen, aus denen heraus derzeit Anfragen an unsere Demokratie erwachsen. Dabei gehen wir von der Überzeugung aus, dass die Demokratie die besten Voraussetzungen dafür bietet, *sachlich angemessene Antworten* auf die Herausforderungen der Gegenwart zu geben, auch Fehlurteile korrigieren zu können und Lösungen zu finden, die für alle tragfähig sind.

2.1 Demokratie im Zeitalter der Globalisierung

Die Probleme unserer heutigen Welt haben vielfach globale Reichweite und bedürfen internationaler Lösungen. Die meist im nationalen Rahmen verbleibenden politischen Steuerungsmöglichkeiten haben mit diesen Problemkonstellationen nicht Schritt gehalten. Fragen der internationalen Handelsbeziehungen, die Probleme des Klimawandels, die (Un-)Ordnung des globalen Finanzsystems – all dies hat unmittelbare Auswirkung auf die Lebensbedingungen und Lebenschancen von Menschen in lokalen und regionalen Zusammenhängen und kann doch nur in transnationalen und internationalen Kooperationen sinnvoll gelöst werden. An einer immer stärkeren politischen Gewichtung des Multilateralismus, also der Koordination der Politik der Nationalstaaten, führt deshalb kein Weg vorbei. Die Kirchen verkennen dabei nicht, dass dieser Weg im Augenblick aus unterschiedlichen Gründen oft verstellt ist. Wo das der Fall ist, sollten einige Länder sich darauf verständigen, voranzugehen. In der Zusammenarbeit der Europäischen Union sehen wir ein Vorbild für diesen Weg.

Eine Stärkung des Multilateralismus geht mit der Herausforderung einher, die Mechanismen der demokratischen Repräsentation an diese Erfordernisse einer zwischen- und überstaatlichen Zusammenarbeit, insbesondere im Rahmen der Europäischen Union, anzupassen und solche Anpassungen auch zu vermitteln, sodass sie im demokratischen Prozess Zustimmung finden. Mehr und deutlicher als bisher sollten daher die nationalen Parlamente ihre Rolle beim Zustandekommen europäischer Regelungen, Richtlinien und Verträge herausstellen. Wenn dies nicht erfolgt, kann der Eindruck entstehen, dass im Kontext multilateraler und supranationaler Institutionen nur noch die Regierungen handeln, während die Parlamente lediglich fertige Be-

schlüsse ratifizieren. Populisten haben unter solchen Bedingungen ein leichtes Spiel, gegen den Multilateralismus und internationale Verträge zu polemisieren und zu behaupten, diesen fehle die demokratische Legitimation und sie widersprächen dem vermeintlichen Volkswillen. Die Kritik an der Europäischen Union etwa folgt sehr oft diesem Muster.

Dennoch stellt in unseren Augen nicht ein Zuviel an Regelungen, sondern ein Mangel an entsprechenden Vertragswerken den Grund für die Unzufriedenheit mit der Demokratie dar. So ist auch innerhalb der Europäischen Union die immer engere Verflechtung der Mitgliedsländer in der Wirtschafts- und Währungsunion politisch nur unzureichend durch die parallele Entwicklung von Mechanismen des sozialen Ausgleichs flankiert worden. Ebenso ist bis heute unbeantwortet, wie eine europäische Solidarität aussehen kann und wie sie umzusetzen wäre. Die Staatsschuldenkrise hat in den betroffenen Ländern Südeuropas zu schweren sozialen Verwerfungen, etwa einer hohen Arbeitslosigkeit, vor allem einer erschreckenden Jugendarbeitslosigkeit, geführt. Zwar haben die Mitgliedsländer den betroffenen Staaten – durchaus auch im eigenen Interesse – ihre Zahlungs- und Handlungsfähigkeit erhalten. Aber bei den Menschen, die ihren Arbeitsplatz oder ihre Wohnung verloren haben, ist oft keine Hilfe angekommen. Die Einforderung innereuropäischer Solidarität seitens der wirtschaftlich schwächeren Länder hat insgesamt die Zentrifugalkräfte innerhalb der Europäischen Union gestärkt. Denn die Forderung nach Solidarität auf verschiedenen politischen Ebenen hat zugleich in zahlreichen Staaten europakritische politische Kräfte forciert.

Mehr denn je sieht sich die Europäische Union deshalb dem Vorwurf ausgesetzt, sie sei ein Elitenprojekt mit nur mangelhafter gesellschaftlicher Verankerung. Um das zu entkräften, wird es darauf ankommen, die demokratische Öffentlichkeit und Par-

tizipation auf der europäischen Ebene zu stärken. Die anstehenden Europawahlen stellen dafür eine gute Gelegenheit dar.

2.2 Demokratische Gleichheit und wirtschaftliche Ungleichheit

Die Demokratie als System politischer Gleichheit steht in einem Spannungsverhältnis zu einer Realität großer wirtschaftlicher Ungleichheit, vor allem dort, wo sich Armut und damit verbundene soziale Exklusion in individuellen und familialen Lebensläufen verfestigen. Dies lässt sich auch empirisch nachweisen: Nicht nur in Deutschland zeigt sich bei jeder politischen Wahl aufs Neue ein deutlicher Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischer Ungleichheit und politischer Partizipation. Je ärmer ein Stadtteil oder eine Region ist, desto mehr Nichtwählerinnen und Nichtwähler gibt es dort. Generell zeigen sozial Bessergestellte ein deutlich größeres aktives politisches Engagement als Benachteiligte.

Diese Unterschiede haben auch zur Folge, dass die Belange von benachteiligten und politisch eher passiven Bevölkerungsgruppen weniger im öffentlichen Fokus stehen als die Interessen der politisch aktiven Wählerschaft, die vorrangig in der Mittelschicht zu finden ist. Das kann Gefühle von Hilflosigkeit, aber auch Ressentiments erzeugen. Der Unmut richtet sich dann gegen die politischen und ökonomischen Eliten, aber auch gegen sozial noch schlechter gestellte Gruppen wie Flüchtlinge und Migranten.

Demoskopische Untersuchungen zeigen, dass die Bewertung der Demokratie signifikant von sozio-ökonomischen Faktoren beeinflusst wird. Das Empfinden eigener sozialer Marginalisierung und Ausgrenzung geht mit der Einschätzung einher, dass Politik keine Bedeutung für das eigene Leben habe. Die Betrof-

fenen wenden sich dabei nicht nur zunehmend von den demokratischen Parteien und deren Repräsentanten ab, sondern am Ende womöglich auch von der freiheitlichen Demokratie als solcher.

Durch demografische Veränderungen wird sich dieses Problem in Zukunft noch zuspitzen. Altersarmut, aber auch die Situation der Alleinerziehenden und die Gerechtigkeit zwischen den Generationen sind Herausforderungen, die bewältigt werden müssen, um das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der rechtsstaatlich verfassten Demokratie zu stärken. Gleiches gilt für regionale Ungleichheiten. Die wirtschaftsstärksten Räume haben sich zu Metropolregionen entwickelt und erhalten verstärkte öffentliche und auch politische Aufmerksamkeit. Abwanderung, Alterung und periphere Lage prägen dagegen die strukturschwachen Gebiete.

Alle diese sozialen Fragen sind unmittelbar demokratierelevant, weil eine mangelnde sozio-ökonomische Teilhabe allzu oft eine Erosion der Teilnahme an demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen oder, schlimmer noch, Gleichgültigkeit und Misstrauen gegenüber der Demokratie, nach sich ziehen kann. Andersherum formuliert: Ein funktionierender Sozialstaat, der Armut bekämpft und soziale Teilhabe garantiert, ist nicht nur ein integraler Bestandteil Sozialer Marktwirtschaft, sondern zugleich eine tragende soziale Säule unserer freiheitlichen Demokratie.

2.3 Demokratie im Zeichen von Migration

Das Handeln der Kirche ist besonders den benachteiligten und ausgegrenzten Menschen verpflichtet. Ein Ausdruck dieser „vorrangigen Option für die Armen“ ist der christliche Einsatz für Geflüchtete und Migranten als einer besonders verletzlichen

Gruppe von Menschen. Wir sehen es als Kirchen deshalb mit Sorge und Bedauern, dass der Zuzug außergewöhnlich vieler Geflüchteter und Migranten in den vergangenen Jahren zu einer merklichen Abkühlung des gesellschaftlichen Klimas und zu einer Verschärfung politischer Auseinandersetzungen geführt hat. Zwar haben sich viele Menschen, auch in unseren christlichen Gemeinden, solidarisch gezeigt und durch konkrete Hilfe für die zu uns Gekommenen großartige Zeichen der Nächstenliebe gesetzt. Andere haben allerdings mit Verunsicherung und Ängsten reagiert. Zudem machen Menschen im Alltag die Erfahrung, dass Pluralität nicht nur bereichernd, sondern auch konfliktträchtig sein kann.

Solche Ängste und Alltagserfahrungen dürfen nicht pauschal beiseitegeschoben und abgetan werden. Eine öffentliche Auseinandersetzung damit ist nötig und gehört zu einer lebendigen liberalen Demokratie dazu. Derzeit aber erleben wir, dass die Gegner einer pluralen Gesellschaft aus der Instrumentalisierung des Migrationsthemas und dem Schüren von Ängsten politischen Profit schlagen wollen. Das verurteilen wir auf das Schärfste. Es muss möglich sein, Probleme anzusprechen, ohne sich die Sprache der Exklusion und der Diskriminierung zu eigen zu machen. Denn es gilt auch: Jenen, die in angemessenem und respektvollem Ton Probleme ansprechen, dürfen nicht unbesehen fragwürdige Motive unterstellt werden.

Dass als fremd empfundene Menschen und andere Formen des Zusammenlebens näher rücken und dass damit überkommene Lebensformen ihre Selbstverständlichkeit verlieren, verstärkt gegenwärtig bei vielen Menschen das Bedürfnis nach kultureller Selbstvergewisserung und Bewahrung der Heimat. Es wäre fahrlässig, diese Bedürfnisse zu ignorieren und sie damit der Instrumentalisierung durch populistische, identitäre und kulturrassistische Propaganda zu überlassen. „Heimat“ meint den kulturell geprägten Raum des Vertrauten, des Überschaubaren und Ver-

ständlichen, der emotionalen Bindung und Identifikation, der Anerkennung und Wertschätzung, der Kenntnis von Herkunft und Geschichte. Diese Fragen nach der eigenen Heimat und Identität sind legitim, Tendenzen kultureller Abschließung dagegen sind gefährlich – und zwar sowohl bei „Alteingesessenen“ als auch bei jenen, die schon in der Vergangenheit eine neue Heimat in Deutschland gefunden haben oder erst jüngst in unser Land gekommen sind.

2.4 Demokratie im digitalen Zeitalter

Wenn heute von „Digitalisierung“ die Rede ist, geht es meist um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekte der „digitalen Revolution“. Immer deutlicher wird jedoch, dass die Digitalisierung auch weitreichende politische Folgen haben wird – mittelbare wie unmittelbare.

Viele dieser Folgen sind heute erst schemenhaft erkennbar. Wie sich die Staatlichkeit gegenüber oder neben weltweiten Plattformunternehmen behaupten kann, ist eine der zentralen Fragen. Wie die politischen Vorstellungen eines gesellschaftlichen Miteinanders zu denen radikaler Shareholder-Interessen und rein ökonomischer Interessen passen, eine andere. Beide Punkte berühren das Herz der Demokratie und verlangen eine selbstbewusste und konsequente Politik.

Durch Digitalisierung etablieren sich neue Formen politischer Öffentlichkeit und Kommunikation: Meinungsbildung geschieht zunehmend nicht mehr über die presserechtlich regulierten, durch transparente Strukturen kontrollierten und an ein journalistisches Ethos gebundenen, herkömmlichen Medien, sondern in digitalen Kommunikationsräumen. Diese sind allerdings vielfach durch ein jeweils gemeinsames Vorverständnis hinsichtlich politischer Grundfragen oder durch bestimmte selektive Inter-

pretationsfiguren des vermeintlich Realen gekennzeichnet. Postulate und Behauptungen konstituieren eine „Faktizität eigener Art“, die sich der kritischen Hinterfragung und Überprüfung durch einen offenen Diskurs entzieht. Politische Kommunikation in diesen Formen kann gesellschaftliche Spannungen und Spaltungen verschärfen. Dazu trägt die in digitalen Kommunikationsräumen verbreitete Anonymität bei, wenn sie zum Vehikel von Hassrede wird. Zudem werden in sozialen Netzwerken immer häufiger sogenannte „Social Bots“ eingesetzt, „Meinungsroboter“, die menschliche Nutzer simulieren und gezielt zur politischen Stimmungsmache und Hetze eingesetzt werden.

Parallel zu Veränderungen im Kommunikationsverhalten eröffnet die Digitalisierung neue Räume der Freiheit und der Mitgestaltung. Kommunikationsmonopole und Zensurversuche werden unterlaufen durch eine weltumspannende mediale Vernetzung. Demokratische Aufbrüche können unter den Bedingungen der Digitalisierung weltweit neue Kraft und Breitenwirkung gewinnen. Informationen und Hintergründe von Nachrichten sind in einer zuvor nicht gekannten Weise verfügbar, recherchierbar und grundsätzlich hinterfragbar. Und es entstehen neue zivilgesellschaftliche Plattformen, die oft auch regionalen Charakter haben und Sozialräume stärken. Neben diesen Chancen sind allerdings die Möglichkeiten des Missbrauchs nicht zu übersehen. Quellen von Informationen sind oft unzuverlässig oder nicht überprüfbar, Realität und Inszenierung werden vielfach miteinander verwoben. Insbesondere die Propagierung von „alternativen Fakten“ sowie die gezielte Verbreitung von „Fake News“ stellen die demokratische Meinungsbildung vor ganz neue Herausforderungen.

Die stets steigende Menge an Daten und deren prinzipielle Verfügbarkeit für wenige riesige Internetkonzerne, die mediale Plattformen wie soziale Netzwerke, Suchmaschinen, Browser und Foren zur Verfügung stellen, führen zu neuen Formen der Mo-

nopolisierung und des Datenmissbrauchs. Damit sind auch neue Möglichkeiten wirtschaftlicher und politischer Manipulation sowie der individuellen und kollektiven Überwachung eröffnet. Es gibt zudem neue Formen der Kriminalität und der Unterwanderung demokratischer Entscheidungsprozesse. Der Schutzraum des Privaten – und damit der Kern liberaler Rechtsstaatlichkeit – wird dadurch immer stärker gefährdet. Verstärkt wird diese Entwicklung durch einen manchmal erstaunlich sorglosen Umgang mit den eigenen Daten. Dies sollte Anlass sein, auch darüber nachzudenken, wie der Sinn für digitale Eigenverantwortung geschärft werden kann.

3. Unsere Demokratie und die Aufgabe der Kirchen – eine Vergewisserung

Wir Kirchen in Deutschland stehen ein für die freiheitlich-demokratische Ordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Demokratie erklärt sich nicht von selbst, sie bedarf der kontinuierlichen, kritischen Reflexion, der ständigen Überprüfung und regelmäßigen Vergewisserung. Dieses „Gemeinsame Wort“ ist ein Beitrag der Kirchen zu diesem Prozess. Deshalb ist es nötig, Rechenschaft darüber abzulegen, wie wir die demokratische Ordnung und die demokratischen Prozesse verstehen. Ob Demokratie als Herrschaft des Volkes gleichzusetzen ist mit der Herrschaft der Mehrheit, wie Bürgerschaft bestimmt ist – ob die Demokratie auf Konsens oder Konflikt ausgelegt ist, ob sie rein repräsentativ organisiert wird oder auch direktdemokratische Verfahren kennen soll – vieles davon ist umstritten. Das Begriffsverständnis reicht dabei von der Demokratie als Kennzeichnung einer Staatsform bis hin zu der Vorstellung, dass die Demokratie eine alle gesellschaftlichen Bereiche umgreifende Lebensform darstelle.

Diese Kontroversen über die konkrete Gestalt der Demokratie sind unvermeidlich, sie können zur Vitalität der politischen Auseinandersetzung in der Demokratie beitragen. Wenn aber demokratisch gewählte Regierungen die Rechte von Minderheiten beschneiden, Wahlsysteme zum Zwecke der Stabilisierung ihrer Macht verändern, die Unabhängigkeit der Justiz bedrohen, Medien unter ihre Aufsicht stellen, den politischen Gegner zum Feind des Volkes erklären und sich zugleich als die einzig wahren Repräsentanten des Volkswillens darstellen, dann zeigt sich darin ein Verständnis von Demokratie, das die Gefahr ihrer Abschaffung bereits in sich trägt. Paradox erscheint, dass die Durchsetzung solcher Maßnahmen vielfach gerade mit dem Argument der Demokratie begründet wird: im Namen eines vermeintlichen Volkswillens dient die scheinbar demokratische Wahl als plebiszitäre Ermächtigung zur Einrichtung einer in Wahrheit autoritären Herrschaft. Im Hintergrund solcher Bestrebungen steht immer wieder die Aufspaltung von Demokratie und Rechtsstaat, von Mehrheitsentscheidung und (Minderheiten-)Rechten.

Die Ordnung der Vielfalt

Wer mit einem einheitlichen Volkswillen argumentiert, verkennet: „das“ Volk ist keine homogene Einheit, und es ist in der Regel auch nicht mit sich selbst einig, sondern kennt eine Vielfalt und Vielfalt unterschiedlicher Ansichten und Interessen. Daher finden sich in einer Demokratie zahlreiche Gruppen und Parteien, die um Zustimmung konkurrieren und sich für ihre Vorschläge zur Regelung der öffentlichen Angelegenheiten einsetzen. Es gehört zum Begriff der Demokratie dazu, dass der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf einen freien und pluralen politischen Willensbildungsprozess als ein unhintergebares Recht geschützt ist. Dabei steht die Achtung der Minderheiten, ihrer Rechte und Vorstellungen immer neben dem grundlegenden

Einvernehmen, dass das Gemeinwohl als Ganzes im demokratischen Prozess gesichert werden muss. Minderheitenrechte sind ein wichtiger Prüfstein für das Gemeinwohl, dennoch können sie auch in Spannung zu demokratischer Willensbildung geraten. Für solche Spannungen sensibler zu werden, ist nicht nur eine Aufgabe der Politik, sondern auch eine für uns Kirchen. Nicht nur schöpft die offene Demokratie aus dieser Vielstimmigkeit ihre Kraft für Innovationen und Wandel, um mit den gesellschaftlichen Herausforderungen Schritt zu halten; hier schlägt sich auch die Anerkennung der Bürgerinnen und Bürger als Freie und Gleiche nieder.

Es ist eine in der Geschichte der Demokratie vielfach bestätigte Erfahrung, dass sie zur Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit der Verbindung mit der Herrschaft des Rechts bedarf. Demokratischer Verfassungsstaat, demokratischer Rechtsstaat, liberale oder auch konstitutionelle Demokratie – alle diese Bezeichnungen stehen für ein Demokratiemodell, für das die Verbindung von Freiheit und Recht wesentlich ist. Hier kommt zum Ausdruck, dass das Volk nicht über dem Recht steht, sondern im Rahmen des Rechts sich selbst regiert und sich diesen Rechtsrahmen in Gestalt der Verfassung selbst gegeben hat. Indem in Verfassungen Menschenrechte aufgenommen und in Form von unveräußerlichen Grundrechten positiviert werden, wird das Bild vom Menschen als frei, gleich und mit unverfügbarer Würde ausgestattetem Individuum auch im Recht leitend, das wiederum den Rahmen für den demokratischen Prozess vorgibt. Institutionelle Sicherungsmechanismen, etwa der Gewaltenteilung, tragen dafür Sorge, dass Machtausübung zeitlich begrenzt und in festgelegten Verfahren kontrolliert wird. Insbesondere muss eine unabhängige Judikative gewährleisten, dass alles staatliche Handeln überprüfbar und gegebenenfalls änderbar ist. Eine solche Ordnung rechnet mit den Fehlern derer, die in ihr handeln.

Die Demokratie braucht engagierte Bürgerinnen und Bürger

Rechtlich verfasste Institutionen und Verfahren sind jedoch keine Garantie für die Aufrechterhaltung der Demokratie. Neben diesen im Recht niedergeschriebenen Voraussetzungen ist die Demokratie auf ungeschriebene Voraussetzungen angewiesen. Die Demokratie braucht Bürgerinnen und Bürger, die sich für das Gelingen dieser anspruchsvollen Ordnung verantwortlich fühlen. Zu diesem Prinzip der Verantwortung zählt allem voran die Bereitschaft, Regeln einzuhalten, etwa ordnungsgemäß Steuern zu bezahlen, selbst wenn es trickreich möglich wäre, dies zu umgehen. Es geht aber auch um ein Verhalten, das in der Demokratie nicht erzwungen werden kann, nämlich dass die Bürgerinnen und Bürger sich aktiv beteiligen, im demokratischen Wettbewerb Positionen beziehen und auch bereit sind, für politische Ämter und Mandate zu kandidieren.

In der politischen Praxis gilt es zudem, neben den rechtlichen auch ethischen Maßstäben gerecht zu werden. Das soll nicht die Unterscheidung zwischen Recht und Moral einebnen. Aber Anständigkeit, Uneigennützigkeit und Wahrhaftigkeit sind ebenso wie die demokratischen Tugenden im engeren Sinne – allen voran Respekt vor Andersdenkenden, Aufgeschlossenheit für die Argumente des politischen Gegners, Kompromissorientierung und Geduld – Verhaltensmuster, ohne die die freiheitliche Ordnung nicht existieren kann. Wir haben diese essentiellen Aspekte gelebter Demokratie bereits 2006 in unserem Gemeinsamen Wort „Demokratie braucht Tugenden“ eingehend erörtert und möchten das seinerzeit Gesagte bekräftigen sowie den darin enthaltenen Appell erneuern. Auch den Wählerinnen und Wählern kommt diese Verantwortung zu. Sie üben in gewisser Weise ein ideelles Amt aus und sollen sich bei der Stimmabgabe fragen, ob sie ausschließlich ihre eigenen individuellen Interessen im Blick haben oder diese auch in ein Verhältnis zu dem

setzen, was für alle gut ist. In einer Zeit, in der unser Handeln auch jenseits der Grenzen des eigenen Staates Folgen für andere hat, ist zudem zu bedenken, dass das, was für alle gut sein soll, nicht nur die eigene Bürgerschaft betreffen kann.

Demokratische Sittlichkeit

Auf einen Nenner gebracht, lassen sich diese ungeschriebenen Voraussetzungen der Demokratie als das Erfordernis einer „demokratischen Sittlichkeit“ verstehen. Diese Sittlichkeit besteht nicht darin, eine bestimmte Vorstellung des „guten Lebens“ in den demokratischen Prozess einzubringen, sondern sie verwirklicht sich in den gelebten „guten Sitten der Demokratie“. Dazu gehören Fairness, Respekt gegenüber dem politischen Gegner, Mut zur Kontroverse, Gemeinsinn und Gemeinwohlorientierung.

Und zu dieser Sittlichkeit gehört es auch, die eigene Perspektive nicht als unverrückbar darzustellen, sondern die grundsätzliche Pluralität der Sichtweisen anzuerkennen. Der regelgeleitete Kompromiss ist daher kein Zeichen von Schwäche, sondern die der Demokratie angemessene Weise, mit unterschiedlichen Auffassungen und Überzeugungen umzugehen.

Soziale Gerechtigkeit in der Demokratie

Die Geschichte gescheiterter Demokratien zeigt, wie wichtig zudem der soziale Ausgleich und die Ausrichtung auf soziale Gerechtigkeit in der Demokratie sind. Wenn zum Beispiel neue Märkte entstehen, die nicht durch ein gerechtes Steuersystem sozial eingeeht werden, wenn die Einkommensverteilung ein bislang ungekanntes Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich annimmt und es Reiche gibt, die sich aus der

Solidargemeinschaft absetzen, dann gefährdet dies auch die Stabilität von Demokratien.

Auch wenn der Zugang zu öffentlichen Infrastrukturen wie Bildung, Gesundheit und Sicherheit nicht fair und offen für alle gestaltet wird oder diese Infrastrukturen nicht (mehr) ausreichend finanziert werden, dann kann dies nicht nur zu einer sozialen, sondern auch zu einer politischen Ausgrenzung eines Teils der Bürgerschaft führen. Die Dimension der sozialen Demokratie mit der Verpflichtung auf sozialen Ausgleich ist daher neben der liberalen und der rechtsstaatlichen Dimension ein weiterer, zentraler Pfeiler dieser politischen Ordnung der Freiheit.

Die Kirchen in der Demokratie

Zwar ist eine liberale, rechtsstaatliche und soziale Demokratie keine perfekte Ordnung. Aber als ein Gefüge von Institutionen und Regeln, das von bürgerschaftlichem Ethos getragen wird und das einen sozialen Ausgleich sowie einen friedlichen Modus zur Austragung von Konflikten ermöglicht, erweist sich die Demokratie nicht nur normativ, sondern auch praktisch als die in dieser Welt bestmögliche politische Ordnung. Als Kirchen bejahen wir die Demokratie aus einer tiefen, im christlichen Glauben gegründeten Überzeugung. Das Evangelium und die Welt, in der wir leben, sind untrennbar miteinander verwoben – und zwar zuallererst durch Gott selbst, der in Jesus Christus Mensch geworden und der in diese Welt gekommen ist, um sie zum Heil zu führen. Jesus Christus, der Gekreuzigte und Auferstandene, beruft Menschen zur Freiheit. Die freiheitliche, rechtsstaatliche Demokratie mit ihrem unbedingten Respekt vor der Würde des Menschen und seinen unveräußerlichen Rechten bringt diesen Freiheitsimpuls des Evangeliums unter allen Staatsformen am deutlichsten zum Ausdruck. Im Einsatz für diese demokratische Ordnung wissen wir uns auch mit denjenigen Menschen ver-

bunden, die unseren christlichen Glauben nicht teilen, aber aus anderen Quellen und Überzeugungen für die Demokratie eintreten. Darin wird deutlich: Auch wenn die Kirchen kein eigenes politisches Programm verfolgen, so ist ihre Verkündung des Evangeliums deshalb doch alles andere als unpolitisch.

Eine Besinnung auf die künftige Gestaltung demokratischer Politik muss für uns Kirchen mit einem kritischen Blick auf unsere eigene Geschichte verbunden sein: Als Kirchen haben wir den modernen Ideen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit lange Zeit skeptisch, teilweise sogar ablehnend gegenüberstanden. Gerade die deutsche Geschichte lehrt uns, dass wir auf fatale Weise gefehlt haben. In den großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts erkennen wir: Die rechtsstaatliche Demokratie ist die beste Garantie für die Wahrung der Freiheit, der Würde und der Rechte jedes einzelnen Menschen.

Aus dieser Erkenntnis leiten wir die Pflicht ab, uns als Kirchen aktiv für die Demokratie einzusetzen und unser gesellschaftliches Handeln auf eine Stärkung der demokratischen Ordnung auszurichten. Wir fühlen uns den Menschen im Hier und Jetzt verpflichtet. Staatliche Regeln und Institutionen sind alleine noch nicht hinreichend, um den Fortbestand der Demokratie zu sichern. Eine lebendige Demokratie ist vielmehr darauf angewiesen, dass sie in eine politische Kultur und in gesellschaftliche Institutionen eingebettet ist. Genau dies meinen wir, wenn wir von der Notwendigkeit einer „demokratischen Sittlichkeit“ sprechen. Als Kirchen nehmen wir teil am gesellschaftlichen Leben und tragen Mitverantwortung für die Bewahrung, Gestaltung und Förderung demokratischen Lebens.

Demokratie lebt von Partizipation, also davon, dass möglichst viele Menschen sich in den demokratischen Institutionen und Prozessen einbringen. Dazu gehört nicht nur das Engagement in Parteien, sondern auch in den vielfältigen zivilgesellschaftli-

chen Initiativen und Gruppen, nicht zuletzt auch in den Kirchen. Verantwortung für das Gemeinsame und das Gemeinwesen zu übernehmen, ist nicht nur Aufgabe der staatlichen Ordnung. Eine lebendige und selbstbewusste Zivilgesellschaft ist eine der wichtigen Voraussetzungen der Demokratie.

4. Die demokratische Ordnung stärken – Konsequenzen für politisches Handeln

Eine besondere Stärke der Demokratie ist ihre Entwicklungsfähigkeit. Das bedeutet, dass sie immer wieder in der Lage ist, auf neue Herausforderungen zu reagieren und sich in ihren Institutionen und Prozessen anzupassen. Das ist kein technischer, sondern ein politischer Vorgang und bedeutet den Mut und den Willen, das soziale Zusammenleben aktiv zu gestalten. In diesem Sinne möchten wir im folgenden Abschnitt die eingangs genannten Herausforderungen der heutigen Demokratie in Deutschland wieder aufgreifen und politische Konsequenzen sowie Handlungsoptionen diskutieren. Wir tun das aus unserer christlichen Überzeugung, weil wir aus dem Evangelium den Auftrag entnehmen, das Gegebene nicht einfach hinzunehmen, sondern zum Wohl der Menschen zu gestalten.

4.1 Globalisierung ordnen – für eine globale Ordnungspolitik

Globalisierung bedarf der politischen Gestaltung, sie muss auf eine globale Ordnungspolitik angelegt sein. In Zeiten wachsender Fragmentierung der internationalen Beziehungen wird dieses Ziel allerdings gefährdet. Denn die Realisierung einer globalen

Ordnungspolitik wird nur im Rahmen multilateraler Institutionen und Prozesse möglich sein. Für deren Gestaltung bedarf es eines realistischen Blicks auf die tatsächlichen Verhältnisse und Möglichkeiten ebenso wie einer globalen Ordnungsethik als normativer Grundlage. Mit Blick auf diese ordnungsethische Orientierung sehen wir uns als Kirchen mit unseren globalen Netzwerken in einer besonderen Verantwortung. Unsere eigene christliche Sozialethik und kirchliche Soziallehre verstehen wir seit Langem im Sinne einer solchen globalen Ordnungsethik, deren Fluchtpunkt nicht nur partikulare, nationale Interessen sind, sondern das Gemeinwohl der ganzen Welt ist. Deshalb stehen wir als Kirchen auch unmissverständlich für das System eines geordneten Multilateralismus ein.

Das Modell Europa – Stärken des Multilateralismus

Auch multilaterale Institutionen und Prozesse bedürfen der demokratischen Legitimation. Die Europäische Union kann und sollte in diesem Zusammenhang noch stärker ein Vorbild sein. Dabei denken wir nicht zuerst an weitere institutionelle Reformen. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass das Europäische Parlament inzwischen ein Mitentscheidungsrecht in allen wesentlichen Bereichen hat. Um mehr demokratische Partizipation in Europa zu gewährleisten, bräuchte es aber auch mehr Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit für die Vorgänge auf der Ebene der Europäischen Union. Hier ist eine bessere Kommunikation der europäischen Institutionen genauso gefordert wie ein verstärktes Bemühen von nationaler Politik, Medien, Zivilgesellschaft und auch von uns Kirchen. Viel zu oft führen wir unsere politischen und gesellschaftlichen Diskurse noch weitgehend verengt auf die nationale, deutsche Perspektive, obwohl Europa für unsere Zukunft entscheidend ist und die großen

Herausforderungen, vor denen wir stehen, nur in europäischer und letztlich globaler Gemeinsamkeit zu lösen sein werden.

Unbeschadet ihrer eigenen inneren Pluralität sehen sich die Kirchen in der Pflicht, aus ihrem zutiefst mit der Geschichte Europas verbundenen Erbe heraus diese Aufgabe zu unterstützen und ein Europa der Solidarität und des Friedens mitzugestalten. Zur Mitarbeit an diesem Friedensprojekt gehört es auch, den Versuchungen zu wehren, in Europa nur die Verlängerung des eigenen, nationalen Ordnungsschemas zu sehen, sondern aktiv bei der Suche nach Ausgleich und Kompromiss zwischen verschiedenen Interessen und Überzeugungen mitzuwirken.

Recht und Solidarität

Die Europäische Union basiert auf gemeinsamen Werten. Nach ihrem Selbstverständnis ist sie eine Gemeinschaft der Freiheit, des Rechts und der Solidarität. Die politischen Friktionen infolge der sozialen Verwerfungen durch die Staatsschuldenkrise in einer Reihe von europäischen Ländern haben mit großer Dringlichkeit die Frage aufgeworfen, inwieweit insbesondere das Prinzip der Solidarität im Rahmen der europäischen Einigung bisher zu kurz gekommen ist. Auch im Interesse der Stärkung der Demokratie darf der Debatte darüber nicht ausgewichen werden. Dazu gehört die Frage, wie neben der weiteren Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion eine europäische Solidarität entwickelt werden kann, die sich auch in einem sozialen Ausgleich zeigt, der in wirtschaftlichen Krisenzeiten den Menschen in ihren individuellen Notlagen konkrete Hilfe leistet. Solche Solidarität und die wechselseitige Verantwortung für die Stabilität der gesamten Union sowie die Einhaltung der gemeinsam vereinbarten Regeln stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern können und müssen nach unserer Überzeugung als komplementäre Prinzipien europäischer Politik ausge-

staltet werden. Beide Aspekte, wechselseitige Verantwortung und Solidarität, gehören zu einer demokratischen europäischen Ordnung.

Eine andere Globalisierung

Zur Stärkung des Vertrauens in die Demokratie und aktiver Bürgerschaft treten wir als Kirchen dafür ein, dass Europa als politische Gemeinschaft für eine andere Globalisierung steht, in der wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt, der alle Menschen einbezieht, Hand in Hand gehen.

Angeichts der Globalität bestimmter Herausforderungen ist nicht nur eine europäische, sondern eine wirklich globale Ordnungspolitik notwendig, für die Bündnispartner gewonnen werden müssen. Das gilt nicht nur mit Blick auf den Klimawandel, sondern auch für die internationalen Finanz-, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. International agierende Finanzmarktakteure genauso wie andere transnationale Konzerne, insbesondere die großen digitalen Technologiekonzerne, die über eine enorme Markt- und Meinungsmacht verfügen, können nur im Rahmen einer globalen Ordnungspolitik wirksam beaufsichtigt und, wo nötig, reguliert werden. Niemand darf sich seiner Mitverantwortung für das Gemeinwohl entziehen, auch nicht internationale Konzerne. Dazu gehören Regeln gerechter Besteuerung. Werden mächtige Akteure – zum Beispiel aufgrund geschickter Verortung von Gewinnen – davon ausgenommen, untergräbt das den Verpflichtungscharakter für andere, fördert Zynismus und letztlich eine Abkehr von der Idee und der Praxis der Demokratie. Zu einer globalen Ordnungspolitik gehört es auch, transnational tätige Unternehmen für die Arbeitsbedingungen in den diversen Arbeitsstätten ihrer globalen Zuliefererketten in die Verantwortung zu nehmen, wie das schon lange seitens der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und in den Leitprinzipien

der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte gefordert wird. Dabei geht es auch um eine Stärkung der Glaubwürdigkeit der wohlhabenden Länder mit Blick auf die Menschenrechte und die demokratischen Werte.

Für alle diese und weitere Ziele sind multilaterale Institutionen und Maßnahmen unabdingbar. Deutschland und die Europäische Union sollten international einen solchen globalen Multilateralismus fördern und selbst praktizieren, der ordnungspolitische Klugheit mit ordnungsethischer Gerechtigkeit und Fairness verbindet. Letztlich geht es darum, den Primat demokratisch legitimierter Politik auch auf den globalen Märkten konsequent durchzusetzen.

4.2 Ungleichheit begrenzen, gerechte Teilhabe ermöglichen

Die „vorrangige Option für die Armen“ ist für uns Kirchen nicht nur eine theologische Aussage und ein christliches Bekenntnis, sondern auch ein sozialetisches Prinzip. Die Menschlichkeit einer Gesellschaft zeigt sich nämlich vor allem daran, wie sie mit ihren Schwachen und Armen umgeht. Das betrifft den alltäglichen Umgang im gesellschaftlichen Miteinander der Menschen genauso wie die Frage, inwieweit das Recht von Benachteiligten und Armen auf eine gerechte Teilhabe politisch garantiert und sichergestellt wird. Die in unseren kirchlichen Texten und Verlautbarungen in diesem Zusammenhang immer wieder verwendeten Begriffe der „Teilhabe“ oder der „Beteiligungsgerechtigkeit“ sollen deutlich machen, dass es hierbei nicht ausschließlich um die Frage ökonomischer Existenzsicherung geht. Vielmehr geht es auch um die Möglichkeiten selbstbestimmter Teilnahme an den zentralen sozialen, wirtschaftlichen,

kulturellen und politischen Lebensvollzügen unserer Gesellschaft.

Die Demokratie als das System politischer Gleichheit ist auf ein komplementäres System des sozio-ökonomischen Ausgleichs angewiesen, wie es auch der Idee der Sozialen Marktwirtschaft entspricht. Instrumente des sozialen Ausgleichs sind eine entsprechende Ordnungspolitik sowie der umverteilende Steuer- und Sozialstaat; beide Elemente sind unverzichtbar und ergänzen einander. Dabei sind Steuer- und Sozialstaat allerdings weder auf die Beseitigung jedweder sozio-ökonomischer Ungleichheiten ausgerichtet, noch darf sozialpolitisches Handeln in staatlichen Paternalismus münden. Es geht vielmehr um die gerechte Teilhabe von mündigen Bürgerinnen und Bürgern im sozio-ökonomischen wie auch im politischen und kulturellen Sinne. Die Politik und die Wirtschaft, insbesondere die Tarifpartner, stehen gemeinsam in der Pflicht, nach Lösungen zu suchen, die das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen und der Sozialen Marktwirtschaft unter den Bedingungen von Globalisierung und Digitalisierung erhalten.

Die Repräsentationslücke schließen

Die Zukunftsfähigkeit demokratischer Systeme hängt wesentlich davon ab, inwieweit es gelingen wird, dass diejenigen, die sich heute als wirtschaftlich und politisch marginalisiert erfahren, wieder das Vertrauen fassen und wirklich erleben, dass ihre Interessen von Belang sind und politische Beachtung finden. Forschungen zeigen, dass vor allem die benachteiligten Schichten der Bevölkerung sich von der demokratischen Beteiligung verabschieden. Damit werden die Anliegen dieser Bürgerinnen und Bürger im politischen Prozess nur noch unzureichend vertreten. Diese „Repräsentationslücke“ muss dringend geschlossen werden. Sie

verletzt elementar den normativen Kern der liberalen Demokratie: das Versprechen, als Gleiche und Freie den Weg des Gemeinwesens zu bestimmen.

Parlamente brauchen kein exaktes Spiegelbild der Gesellschaft zu sein. Aber es gehört sehr wohl zu den Aufgaben der politischen Parteien, in allen Schichten der Bevölkerung Mitglieder, Funktions- und Mandatsträger zu gewinnen. Um die soziale Kluft zwischen der Bevölkerung und dem Führungspersonal in Politik, Wirtschaft, Medien und Bildungssystem zu überwinden, sind noch weitere Schritte erforderlich: Eine der zentralen gesellschaftspolitischen Aufgaben der Zukunft ist eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, unabhängig vom sozio-ökonomischen Status. Die Erfahrung von „Selbstwirksamkeit“ ist zentral für die Artikulationsfähigkeit von Menschen, und zwar nicht nur von denjenigen mit Wahlrecht, sondern auch von in Deutschland lebenden Menschen mit anderer Staatsangehörigkeit. Die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements, zu der auch wir Kirchen noch mehr beitragen möchten, lässt die Bürgerinnen und Bürger erfahren, dass ihr eigenes Handeln relevant ist für gelingendes Zusammenleben. Diese Erfahrung von Selbstwirksamkeit ist dabei keineswegs nur instrumentell zu würdigen, etwa um den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Sie ist ein Zweck in sich und fördert gerade auch Heranwachsende in ihrer Entwicklung.

Zukunftsfähige Soziale Marktwirtschaft

Neben der stärkeren inhaltlichen wie auch personellen Öffnung der bislang in weitem Maße sozial abgeschlossenen Kreise politischer Willensbildung und Entscheidung wird es zweifellos auch darum gehen, wieder alle Menschen spürbar an Wohlstandsgewinnen teilhaben zu lassen. Erforderlich ist die Erhaltung und Stärkung des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft,

aber auch dessen Anpassung an die Modalitäten einer globalisierten digitalen Wirtschaft. Dabei wird zu klären sein, ob es ausreicht, auf nationaler und europäischer Ebene verbindliche Rahmenbedingungen einzuführen oder ob dazu übergreifende internationale Institutionen notwendig sind und geschaffen werden können, die mächtig genug sind, um ordnungspolitische Prinzipien durchzusetzen. Gerade die sozial Schwächeren erwarten von der Politik eine Verbesserung ihrer Lebenssituation, das Gefühl gehört zu werden und politische Handlungsfähigkeit insgesamt; stattdessen bekommen sie häufig jedoch lediglich Willensbekundungen, Schaufensterdebatten und Expertenkommissionen angeboten. Auch das bestärkt sie in ihrer Einschätzung, dass Politik mit ihrem Leben nichts zu tun habe. Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, genügen weder Appelle zur „Selbstoptimierung“ noch Versuche, Politik „besser zu erklären“.

4.3 Zugehörigkeit und Identitäten – Integration gestalten

Wenn wir als Kirchen auf die Themen von Asyl, Flucht und Migration blicken, dann tun wir das vor dem Hintergrund des biblischen Ethos des Schutzes der Fremden und des Gebots der Nächstenliebe. Das Gebot der Nächstenliebe weckt die Bereitschaft, jedem Menschen zum Nächsten zu werden, der uns – unabhängig von seiner Herkunft – konkret als Bedürftiger begegnet.

Das Recht auf Asyl, Zuwanderung und die Bedingungen demokratischer Ordnung

Das Grundrecht auf Asyl ist menschenrechtlich fundiert, ruht aber kulturell auf diesen biblischen Wurzeln. Daran muss man vor allem auch diejenigen immer wieder erinnern, die ihre Ab-

lehnung gegenüber Flüchtlingen aus anderen Kulturkreisen, vor allem aus muslimischen Ländern, damit begründen, dass sie vermeintlich das christliche Abendland „retten“ wollen. Dabei sind sie selbst es, die die Axt an die Wurzeln der christlichen Kultur legen, wenn sie das Gebot der Nächstenliebe verraten, das im Matthäusevangelium als das wichtigste neben das Gebot der Gottesliebe gestellt wird.

Diese ethisch begründeten Rechte – die das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte, das Schutzrecht für aus anderen Gründen Verfolgte gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention und den subsidiären Schutzanspruch von Bürgerkriegs- oder Katastrophenflüchtlingen umfassen – stellen nicht infrage, dass der Staat das Recht hat, Fragen der Einreise und des Aufenthalts zu regeln.

Die Pflicht, Verfolgten und Geflüchteten Schutz zu gewähren, solange die Gefahr in ihren Heimatländern anhält, ist von Fragen der Einwanderung und der Einbürgerung zu unterscheiden. Insofern die Gestaltung des Gemeinwesens in der Demokratie durch den Willen des Staatsvolkes legitimiert wird, setzt das die Möglichkeit voraus, zu unterscheiden, wer zu diesem Staatsvolk gehört und wer nicht. Die liberale, rechtsstaatliche Demokratie beweist ihre Menschenrechtsfundierung allerdings auch darin, dass sie das „Wir“ dieser Selbstbestimmung politisch, als Gesamtheit der Staatsbürger (demos), und nicht etwa völkisch, als Abstammungsgemeinschaft (ethnos), bestimmt. Blutsverwandtschaft, Religion oder Herkunft sind keine demokratischen Zugehörigkeitskriterien. Trotzdem bleibt die Demokratie als Organisationsform von Staatlichkeit realistischerweise auf eine räumlich und sozial abgegrenzte Gruppe von Menschen bezogen, nicht auf die Menschheit als Ganze. Daraus folgt, dass es sehr wohl ethisch gerechtfertigt und rechtlich legitim ist, bei der Zugangsberechtigung zum politischen Gemeinwesen begründete Differenzierungen vorzunehmen.

Wie „Fremde“ zu „Bürgern“ werden

Die Legitimität und Notwendigkeit der Differenzierung zwischen Flüchtlingsschutz und Einwanderung erkennen wir Kirchen an. Dazu gehört, auf Grundlage einer entsprechenden demokratischen Willensbildung festzulegen, unter welchen Voraussetzungen es möglich ist, dass Menschen sich dauerhaft in Deutschland niederlassen können. Dabei muss klar sein: Integration ist eine wechselseitige Herausforderung. Die Einheimischen müssen sich auf wachsende Vielfalt einlassen. Sie können von den Zuwanderern keine kulturelle Assimilation, also die Aufgabe der eigenen Kultur, verlangen. Zugleich ist von den Einwanderern zu erwarten, dass sie sich auf die alltagskulturelle und geschichtlich-kulturelle Prägung des Landes einlassen, in dem sie heimisch werden wollen. Gefordert ist von ihnen insbesondere eine politische Akkulturation, denn der freiheitliche, demokratische Staat ist auf eine entsprechende Haltung in der Bürgerschaft angewiesen, die sich in bestimmten sozialen Praktiken zeigt. Dazu gehören gleicher Respekt vor jedem Menschen, unabhängig von Geschlecht und sexueller Orientierung, Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Wertschätzung politischer Auseinandersetzung als Mittel der Problemlösung und vieles mehr.

Die Chancen eines Einwanderungsgesetzes

Ein von einem breiten Konsens getragenes Einwanderungsgesetz kann helfen, geschwächtes Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates wieder zu stärken. Es kann zudem dazu beitragen, dass Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern wollen, nicht mehr den Umweg über das Asyl- und Flüchtlingsrecht nehmen. Es ist legitim, wenn das Einwanderungsrecht auf die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands abstellt, etwa auf den Bedarf an Facharbeitskräften. Aus Sicht

von uns Kirchen sollte das aber nicht das einzige Kriterium sein. Neben den Interessen des Aufnahmelandes sollten auch die Interessen der Herkunftsländer und selbstverständlich die der Migrantinnen und Migranten auf faire Weise berücksichtigt werden. Alle drei Interessenkreise sollten in einem modernen Einwanderungsrecht zu einem gerechten Ausgleich gebracht werden. Dieses Ziel kann Deutschland nicht alleine erreichen, sondern dazu ist ein gemeinsames Handeln der Europäischen Union notwendig. Trotz der erheblichen Meinungsdivergenzen zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in der Frage der Asyl- und Migrationspolitik lässt die Größe der Herausforderung keine Alternative zu als die mühselige Suche nach einer innereuropäischen Verständigung in dieser Frage. Uns ist bewusst, dass dies auch zu Kompromissen führen kann, die unseren Idealen nicht in allen Punkten entsprechen.

Den Schutz der Schwachen gewährleisten

Uns Kirchen ist auch bewusst, dass wir nicht alle Not in der Welt dadurch bewältigen können, dass wir die Grenzen Europas für alle öffnen, die sich ein besseres Leben erhoffen. Aber wir betonen, dass wir als Europäer kein Geburtsrecht auf ein besseres Leben haben als Milliarden andere auf der Welt. Wir müssen uns auch der Einsicht stellen, dass unser Wohlstandsniveau nicht verallgemeinerbar ist, weil dazu im globalen Maßstab schlicht die Ressourcen fehlen. Wir appellieren deshalb an die politisch Verantwortlichen, dass der immer wieder geforderte Schutz der europäischen Außengrenzen keinesfalls eine hinreichende Antwort auf die globale Migrationsfrage sein kann. Hinter der Einsicht, dass wir nicht alle Menschen bei uns aufnehmen können, die sich das – aus dem berechtigten Verlangen nach einem besseren Leben heraus – wünschen würden, steht ein moralisches Dilemma, das uns dazu antreiben sollte, auf in-

ternationaler Ebene für Strukturen und Regeln einzutreten, die den Schutz der Schwachen effektiver gewährleisten. Dazu gehören die Garantie der Menschenrechte genauso wie faire und gerechte Wirtschaftsbeziehungen zu ärmeren Ländern. Neben der konkreten Verantwortung für den jeweils Nächsten kennen Christinnen und Christen auch eine allgemeine Verantwortung für das globale Gemeinwohl.

4.4 Digitaler Wandel – die Chancen nutzen und klare Regeln setzen

Kein Staat kann sich dem Trend fortschreitender Digitalisierung widersetzen, ohne einen dauerhaften Verlust von Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand befürchten zu müssen – und damit letztlich auch die Funktionsfähigkeit der demokratischen Ordnung zu gefährden. Umso wichtiger ist es, die Ambivalenzen dieses Prozesses und der damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen zu verstehen und zu gestalten.

Digitalisierung als Chance und Gefährdung

Betrachten wir Digitalisierung zunächst als Chance auf Teilhabe und Wohlstand, dann gilt es, die technischen Möglichkeiten zu einer möglichst umfassenden Nutzung für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Demokratische Beteiligung ist heute kaum noch ohne die Nutzung digitaler Medien zu denken. Aufgabe des Staates ist es zunächst, die Rahmenbedingungen für den Aufbau einer Infrastruktur bereitzustellen. Darüber hinaus steht staatliches Handeln in der Pflicht, die Möglichkeiten für digitale Teilhabe auch dort zu schaffen, wo private Investoren nicht tätig werden, etwa in peripheren ländlichen Räumen.

Unter den Bedingungen von „Big Data“ ist der Datenschutz zu einer zentralen politischen Aufgabe geworden. Wichtig ist ein starker gesetzlich verankerter Datenschutz, ebenso aber der sorgsame und verantwortliche Selbstschutz im Umgang mit den eigenen Daten – der für politische Manipulation höhere Hürden als bislang aufbaut. Die ungeheure, auch politisch relevante Konzentration von Daten in den Händen der großen transnationalen Internetkonzerne eröffnet bislang nicht bekannte Möglichkeiten zu politischer Manipulation und Machtmissbrauch. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der demokratischen Prozesse durch gezielte Regulierung sowie gesetzliche Vorgaben bleibt eine wesentliche politische Aufgabe. Zugleich gilt: Der aus der Zivilgesellschaft vorgetragene Druck auf die großen Internetkonzerne hat die Unabdingbarkeit einer kritischen und wachsamsten demokratischen Öffentlichkeit vor Augen geführt. Gegenüber den von fremden Staaten gelenkten und in den Grauzonen der digitalen Netzwerke vielfach aufgenommenen Kampagnen zur politischen Beeinflussung bleibt kritische Wachsamkeit ebenso auf der Tagesordnung wie gezielte Aufklärung durch qualitativ hochwertigen, alle Informationskanäle umfassenden und im Meinungsspektrum pluralen Journalismus.

Medienethik und Medienbildung

Die Demokratie ist im digitalen Zeitalter auf Medienethik und Medienbildung angewiesen. Das ist auch deswegen so bedeutsam, weil die Scheidung zwischen Medienproduzenten und Medienkonsumenten zunehmend verwischt. Für den demokratischen Diskurs sind besonders bedeutsam: die *Sorgfaltspflicht* im Umgang mit vorgetäuschten Fakten, die kritische *Reflexion* von starken Wertungen und Emotionalisierungen in der politischen Auseinandersetzung sowie *Aufmerksamkeit* für das höchst

ambivalente Mobilisierungspotential der sozialen Netzwerke. Das alles sind heute gewichtige Aspekte der „demokratischen Sittlichkeit“, auf die unser Gemeinwesen angewiesen ist, und hier liegen auch die wesentlichen Aufgaben einer demokratischen Medienbildung. Je umfassender die Möglichkeiten der Mediennutzung sind und je fragloser, je selbstverständlicher Menschen ab dem frühesten Kindesalter in eine digital vorformatierte Welt hineinwachsen, desto anspruchsvoller wird die Aufgabe, die Mediennutzung zu begleiten, zur kritischen Reflexion anzuleiten und zu ermutigen, die Ambivalenzen digitaler Technik auszuloten. Wir halten daran fest, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt starke Erfahrungen lebhafter Begegnung und direkter demokratischer Auseinandersetzung benötigt.

Ein solcher Ort inklusiver demokratischer Grunderfahrung in der Begegnung der Verschiedenen wollen auch wir als Kirchen sein. Wir Kirchen gestalten den Prozess der Digitalisierung konstruktiv-kritisch mit und wissen uns darin dem biblischen Menschenbild verpflichtet, das eine der maßgeblichen Quellen der Demokratie ist: Der Mensch ist als Gottes Ebenbild geschaffen, mit unverlierbarer und unantastbarer Würde ausgestattet. Wir weisen darauf hin, dass Gottes Schöpferwort, das jeden Menschen ins Dasein gerufen hat und zu einem Leben in Verantwortung und Gemeinschaft beruft, jeder digitalen Identitätskonstruktion vorausgeht. Wir wollen uns für menschenwürdige und achtsame Kommunikationsformen engagieren und für gesellschaftliche Diskurse eintreten, welche die Begrenzungen partikularer Kommunikationsräume überwinden. Davon lebt unsere freiheitliche Demokratie.

5. Die Demokratie als politische Lebensform der Freiheit gestalten

Die Welt, in der wir leben, verändert sich rasant. Für viele Menschen ergeben sich daraus neue Chancen. Andere fühlen sich in ihren Lebensmodellen und ihrer sozialen Existenz infrage gestellt. Dadurch entsteht eine neue Form gesellschaftlicher Spaltung, die auch mit wechselseitigen Abwertungen, Misstrauen und Konflikten verbunden ist. Begriffspaare wie der Gegensatz zwischen den sogenannten „Globalisierungsgewinnern“ und den „Globalisierungsverlierern“ oder den urbanen „Kosmopoliten“ und den in der Peripherie lebenden „Kommunitaristen“, den „Anywheres“ und den „Somewheres“, versuchen diese Spaltungen auf einen Begriff zu bringen, auch wenn solche Unterscheidungen immer nur einzelne Aspekte hervorheben. Eine solche Spaltung ist für die Demokratie brandgefährlich, zumal wenn diejenigen, die von Geringschätzung und Abwertung betroffen sind, ihrerseits nicht selten mit Abgrenzung und Verweigerung reagieren.

Wir Kirchen treten für mehr Sensibilität und Respekt im gesellschaftlichen Miteinander ein. Weil wir in unseren Gemeinden mit den Traditionen der Heimatverbundenheit vielfältige Erfahrungen haben, wissen wir um deren Wert für das Zusammenleben und den Zusammenhalt der Menschen. In ihnen liegt auch kein prinzipieller Gegensatz zu kosmopolitischer Offenheit. Wir sind Kirche an *jedem* Ort in unserer Gesellschaft, nicht nur in den boomenden Zentren. Gerade auch an den Rändern – ob sozial, regional oder biographisch verstanden – sehen wir unseren Platz. Und wir wollen die anderen zivilgesellschaftlichen und die politischen Akteure, insbesondere den Staat, auffordern, sich nicht nur auf die Zentren und Vorzeigeprojekte zu konzentrieren. In einer Demokratie darf es keine „Abgehängten“, „Zu-

rückgelassenen“ und „Vergessenen“ geben, sondern sie lebt von der Teilnahme und Teilhabe *aller*.

Dieses Wort der Kirchen ist mit dem Anspruch geschrieben, dem Wohl aller, dem „Gemeinwohl“, dienen zu wollen. Wie wir das Gemeinwohl konkret zu verstehen haben und wie demokratische Politik aussieht, die dem Gemeinwohl dient, das steht nicht schon vor der Auseinandersetzung fest, sondern muss in ihr selbst geklärt werden. Diese Auseinandersetzung führen wir als Freie und Gleiche, in all unserer Unterschiedlichkeit und gerade deswegen bereit, einander zuzuhören. Die demokratische und an das Recht gebundene Ordnung schützt diesen Raum des Hörens und Streitens. Deswegen setzen wir uns für die Demokratie und den Rechtsstaat ein. Als Kirchen sind wir, wenn wir in der politischen Öffentlichkeit sprechen, ein Teil dieses demokratischen Prozesses, den wir stützen, schützen und stärken wollen. In diesem Sinne verstehen wir unsere Überlegungen in diesem Gemeinsamen Wort, die im Folgenden noch einmal zusammengefasst, verdichtet und zugespitzt werden.

5.1 Gemeinsamkeit schaffen – Europäische Solidarität und globale Kooperation

Internationale Herausforderungen wie der Klimawandel, die Ordnung der globalen Handels- und Finanzmärkte sowie die weltweite Migration erfordern eine globale Ordnungspolitik. Stattdessen aber erleben wir eine zunehmende Schwächung multilateraler Organisationen und die Aushöhlung internationaler Vertragswerke. Dieser Erosionsprozess hat auch die Europäische Union ergriffen. Eine wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern steht dem europäischen Projekt gleichgültig oder gar ablehnend gegenüber. Das Erstarken populistischer, nationalis-

tischer und einigungsfeindlicher Kräfte überall in Europa ist die Folge.

Demokratie stärken heißt: Die Idee, dass Europa nicht nur als Union der Staaten oder der Konzerne, sondern als eine Union der Bürgerinnen und Bürger ein Projekt des Friedens, der Solidarität und der Versöhnung ist, muss wieder in den Vordergrund treten und für die Menschen spürbarer werden. In nationalen Krisensituationen müssen die Bürgerinnen und Bürger erleben, dass Europa nicht nur den staatlichen Institutionen und den Banken, sondern ihnen selbst konkret hilft. Im solidarischen Ausgleich der Interessen zwischen Nord und Süd, West und Ost kann Europa seine Rolle als Beispiel gelungener multilateraler Ordnung im globalen Systemwettbewerb bestärken. Die 2019 anstehende Wahl zum Europäischen Parlament bietet die Gelegenheit, die Idee eines solidarischen Europas der Bürgerinnen und Bürger verstärkt ins Bewusstsein zu rufen. Die größten Herausforderungen und Prüfsteine werden hier darin liegen, die europäische Wirtschafts- und Währungsunion nachhaltig zu festigen und in diesem Bereich genauso zu gemeinsamen Regeln und zu einem solidarischen Ausgleich zu kommen wie auf dem Gebiet der europäischen Asyl- und Einwanderungspolitik.

5.2 Zusammenhalt sichern – Soziale Gerechtigkeit und demokratische Beteiligung

Unser Land ist wirtschaftlich erfolgreich – und doch ist die Schere zwischen „Arm“ und „Reich“ nach wie vor groß. Die Zugewinne an Wohlstand sind ungleich verteilt. Zwischen wirtschaftlichem Auskommen und politischer Beteiligung besteht ein enger Zusammenhang. Wer sich an den Rand gedrängt und

nicht zugehörig fühlt, wird kaum bereit sein, für das demokratische Gemeinwesen besondere Verantwortung zu übernehmen.

Demokratie stärken heißt: Wir stehen in der Pflicht, den sozialen Ausgleich und die umfassende gesellschaftliche Teilhabe aller zu sichern. Dies muss in einer so nachhaltigen und nachvollziehbaren Weise geschehen, dass verlorenes Vertrauen wiedergewonnen wird. Dieses Vertrauen ist die grundlegende Bedingung dafür, dass Menschen den demokratischen Staat als ihr eigenes Gemeinwesen begreifen und mitgestalten. Herausforderungen und Prüfsteine werden hier sein, die sozialen Ausgrenzungen und Spaltungen nachhaltig zu bekämpfen und zu überwinden – bildungspolitisch, arbeits- und sozialpolitisch, regional- und infrastrukturpolitisch. Das ist ein integraler Bestandteil der Idee Sozialer Marktwirtschaft und entspricht dem Grundsatz demokratischer Gleichheit. Letztlich geht es um die Würde der Bürgerinnen und Bürger als Souverän des demokratischen Staates.

5.3 Identitäten öffnen – Universale Menschenrechte und die Bewahrung des Vertrauten

Die Fragen von Zuwanderung, Asyl und Integration sind in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Ort politischer Auseinandersetzung geworden. Viele Menschen haben die humanitäre Leistung der Aufnahme einer großen Zahl Geflüchteter begrüßt und unterstützt. Andere beklagen den Eindruck eines staatlichen Kontrollverlustes über die Zuwanderung. Aus diesen unterschiedlichen Sichtweisen schlagen populistische und extremistische Bewegungen und Parteien Kapital. Sie suchen nicht die demokratische Auseinandersetzung, sondern betreiben die Spaltung der Gesellschaft.

Demokratie stärken heißt: Als Kirchen stellen wir uns gegen jede Form von Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und unserer eigenen Kirchengeschichte gilt das in ganz besonderer Weise für jede Form des Antisemitismus und des Antijudaismus. Auch allen anderen Formen der religiösen Diskriminierung und des Rassismus treten wir mit Entschiedenheit entgegen. Wir bekennen uns zu den universalen Menschenrechten und den humanitären Verpflichtungen, die sich für Deutschland und Europa daraus ergeben. Wir sehen das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft und kultureller Prägung als Gewinn und Chance. Zugleich verkennen wir nicht die damit verbundenen Herausforderungen und anerkennen das Recht des demokratischen Staates, Regeln der Einwanderung zu bestimmen. Die zentrale Herausforderung und der Prüfstein liegen hier in einer doppelten Aufgabe: Die zu uns Gekommenen sollen heimisch werden in dem für sie neuen Land – und den Einheimischen soll ihr Land als Heimat nicht fremd werden.

5.4 Nähe suchen – Digitale Demokratie und die Politik der Präsenz

Die Digitalisierung verändert nicht nur unser Wirtschaften und Arbeiten, sondern auch die Demokratie: Meinungen und Mehrheiten finden sich auf neue Weise, öffnen aber auch Raum für Missbrauch und Manipulation. Demokratie bedarf verlässlicher Informationen, und eine demokratische Streitkultur lebt davon, dass die Akteure sich persönlich begegnen und versuchen, einander mit Argumenten zu überzeugen. Alle diese Bedingungen werden in dem digitalen Wandel politischer Kommunikation und Information neuen Herausforderungen und Gefahren ausgesetzt.

Demokratie stärken heißt: Demokratie lebt von der medial-virtuellen wie der leibhaft-wirklichen Begegnung und vom Austausch. Zudem müssen Bürgerinnen und Bürger den demokratischen Staat als verlässlichen Rahmen für die Gestaltung ihres eigenen Lebens erfahren. Nur dann werden sie dieses Gemeinwesen überzeugt mitgestalten. Demokratie braucht schließlich die kritische Öffentlichkeit, vertrauenswürdige Informationen sowie vielfältige Bewertungen über das ganze politische Spektrum hinweg. Herausforderungen und Prüfsteine werden dabei sein, Strukturen und Regeln an die Erfordernisse einer zunehmend digitalen Kommunikation anzupassen. Dazu gehört zunächst, dass der Staat im Rahmen öffentlicher Daseinsvorsorge flächendeckend die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen hat. Zugleich müssen die digitalen Medien entsprechend ihrer wachsenden Bedeutung auch als Teil der kritischen Öffentlichkeit wahrgenommen und in die Pflicht genommen werden.

5.5 Gemeinsinn einüben – Demokratische Sittlichkeit

Die Demokratie ist nur in einer durch den Geist der Fairness und des gegenseitigen Respekts geprägten Kultur der politischen Auseinandersetzung auf Dauer funktionsfähig. Der Streit über die richtigen politischen Wege gehört zum Wesen der Demokratie. Genauso gehört dazu, dass inmitten aller Differenzen und Konflikte immer wieder neu nach Wegen der kommunikativen Verständigung und des Kompromisses gesucht wird. Voraussetzung dafür ist, dass in der Gesellschaft bei allen Meinungsverschiedenheiten und Konflikten, bei allem Trennenden, ein Bewusstsein für das Gemeinsame, für Zusammengehörigkeit und wechselseitige Verantwortung lebendig ist. Dieses Bewusstsein ist die Grundlage für Vertrauen in der Bürgerschaft,

ohne das letztlich eine freiheitliche Demokratie auf Dauer nicht existieren kann.

Demokratie stärken heißt: Die Teilnahme am demokratischen Streit der Meinungen und der Sinn für die Mitgestaltung des Gemeinwesens müssen eingeübt werden. Das setzt Bildungsprozesse voraus, in denen Menschen den Wert und die Würde der demokratischen Beteiligung theoretisch begreifen und persönlich erleben. Herausforderung und Prüfstein stellt die Aufgabe dar, auch unter den Voraussetzungen einer immer stärker individualistischen Gesellschaft ein bürgerschaftliches Bewusstsein von gesellschaftlicher Verpflichtung wachzuhalten und vielfältige Resonanzräume der Demokratie in Staat und Zivilgesellschaft zu bewahren und neu zu schaffen.

6. Schluss: Engagement aus christlicher Überzeugung stärkt die Demokratie

Demokratie kann nur gelingen, wenn sie eingebettet ist in eine Kultur der wechselseitigen Toleranz und Akzeptanz. Diese Kultur wollen auch wir Kirchen mit prägen und uns für ihren Erhalt einsetzen, und zwar aus genuin theologischen Gründen: Christlicher Glaube bezeichnet für uns immer auch eine soziale Praxis. Er ist daher nie zu trennen von seinen Auswirkungen auf „die Politik“. In einer toleranten und pluralen Gesellschaft sehen wir eine Entsprechung zu unserer Überzeugung, dass der Glaube auf einer freien Annahme und Ausübung einer unverfügbaren, vom Heiligen Geist gewirkten Einsicht beruht. Jeder Zwang zum Glauben ist ein Widerspruch in sich selbst – auch wenn im Handeln der Kirchen dies lange Zeit nicht mit der wünschenswerten Deutlichkeit erkannt und vertreten wurde. Umso entschiedener sagen wir heute: Erzwungener Glaube stellt die Frei-

heit und damit die Würde des Menschen infrage. Ein authentischer christlicher Glaube ist deshalb unvereinbar mit totalitären Ideologien und illiberalen, holistischen Gesellschaftskonzepten. Daher widersprechen wir Kirchen all denen, die – auch in unseren eigenen Reihen – einen religiösen Fundamentalismus propagieren, der auf soziale Abgrenzung und Abwertung von Andersgläubigen zielt. Darin sehen wir uns mit den anderen Religionsgemeinschaften verbunden, die sich der gleichen Aufgabe zu stellen haben. Wir sehen uns aber auch an der Seite eines freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaats, der diejenigen in die Schranken weist, die das Recht auf freie Religionsausübung missbrauchen, indem sie Gewissenszwang gegen andere ausüben oder gar Gewalt propagieren.

Wir als Kirchen wollen eine Kultur der Toleranz und Akzeptanz praktizieren. Das beinhaltet sowohl die Entwicklung einer Kultur des Dialogs im Inneren unserer Kirchen als auch unser aktives Bemühen um einen Dialog mit Andersgläubigen und -denkenden. Unsere Überzeugung ist: Gerade, weil die religiöse, weltanschauliche, ethnische und kulturelle Vielfalt weiter wächst, braucht unsere Gesellschaft zur Stärkung ihrer demokratischen Kräfte noch deutlich mehr Foren des Austauschs und der Verständigung. Sie braucht Orte und Praktiken des Gemeinsamen, in denen wir als Freie und Gleiche in aller Unterschiedlichkeit zusammenkommen können, um uns miteinander über unseren gemeinsamen Weg in die Zukunft auszutauschen, auch darüber zu streiten, und zu verständigen. Ohne die immer neue Mühe um gemeinsame Ziele des politischen Lebens, die gemeinsam verantwortete Gestaltung von Gesellschaft und ein gemeinsam entwickeltes Verständnis von Zugehörigkeit kann die Demokratie nicht lebendig bleiben.

Wenn wir als Kirchen zu einer lebendigen Demokratie beitragen möchten, dann sehen wir unsere Aufgabe zwar auch darin, in konkreten politischen Auseinandersetzungen unsere Stimme

zu erheben. Vor allem aber sehen wir unsere erste Pflicht als Kirchen darin, für eine vitale Kultur des Christentums und einen lebendigen Glauben zu werben und damit zugleich die Grundlagen zu stärken, von denen die Demokratie lebt. Denn wir sind überzeugt: Die Idee, dass alle Menschen als Geschöpfe Gottes gleich an Würde und Rechten sind, die Überzeugung, dass Solidarität mit den Schwachen zu üben ist, die Vorstellung, dass der Mensch nicht auf das Gegebene festzulegen ist, sondern sich durch Bildung weiterentwickeln kann – alles das gehört zu den ideellen Voraussetzungen einer lebendigen Demokratie. Indem wir für diese Überzeugungen und eine entsprechende, lebendige Glaubenspraxis eintreten, wollen wir dazu beitragen, die Demokratie als Ordnung der Freiheit lebendig bleiben zu lassen.

Mitglieder der Ökumenischen Arbeitsgruppe zur Erarbeitung
dieses Gemeinsamen Wortes:

Professor Dr. Reiner *Anselm*, München (Vorsitzender)

Bischof Dr. Franz-Josef *Overbeck*, Essen (Vorsitzender)

Professor Dr. Hans-Michael *Heinig*, Göttingen

Prälat Dr. Karl *Jüsten*, Berlin

Pfarrer Steffen *Kern*, Stuttgart

Professorin Dr. Rebekka *Klein*, Bochum

Dr. Arnd *Küppers*, Mönchengladbach,

Präsident Ulrich *Lilie*, Berlin

Professor Dr. Christoph *Möllers*, Berlin

Professorin Dr. Ursula *Münch*, Tutzing

Professor Dr. Hans-Richard *Reuter*, Münster

Professor Dr. Matthias *Rogg*, Hamburg

Professorin Dr. Eva *Senghaas-Knobloch*, Bremen

Professorin Dr. Tine *Stein*, Göttingen

Professor Dr. Klaus *Stüwe*, Eichstätt

Bundestagspräsident a.D. Dr. h.c. Wolfgang *Thierse*, Berlin

Oberkirchenrat Dr. Roger *Mielke*, Hannover

(Geschäftsführung bis 30.9.2018)

Oberkirchenrätin Dr. Dorothee *Godel*, Hannover

Dr. Matthias *Belafi*, Düsseldorf

(Geschäftsführung bis 31.3.2018)

Oliver Thomas *Rau*, Bonn

Impressum

Vertrauen in die Demokratie stärken

Ein Gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz
und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Gemeinsame Texte Nr. 26

Herausgegeben vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz,
Kaiserstraße 161, 53113 Bonn

und der Evangelischen Kirche in Deutschland,
Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover

Layout: MediaCompany – Agentur für Kommunikation GmbH

Titelbild: © Tom - Fotolia.com

Druck: DCM Druckcenter Meckenheim
Gedruckt auf PEFC-zertifiziertem Papier





www.dbk.de | www.ekd.de
